



1. Ausgabe 2018 – 29.04.18

Liebe Mitglieder, Kollegen und Mitstreiter,

mit der heutigen Ausgabe aktueller Informationen der Bürgerallianz Thüringen wollen wir an die Tradition unserer Zeitung „Widerspruch“ anknüpfen. Einen Druck des „Widerspruch“ schließen wir derzeit aus finanziellen und organisatorischen Gründen aus.

Natürlich wären wir über Spenden oder eine Mitgliedschaft erfreut. Nur so können wir den Kampf gegen überhöhte und ungerechte Kommunalabgaben gewinnen. Informationen zur Mitgliedschaft usw. findet man unter <https://www.buergerallianz.de/>

Hier die aktuellen Nachrichten:

1. Ergebnis Offener Brief an Thüringer Landesregierung und Landtagsfraktionen

- Der Offenen Brief zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Thüringen wurde am 07.03.18 an alle Fraktionen des Thüringer Landtages und an die Landesregierung per Mail und per Post verschickt.
- Bis heute haben wir von der Landesregierung und der Fraktion B90/Die Grünen **keine** Antworten erhalten.
- **Antwort SPD 22.03.18 per Post:**

„Sehr geehrter Herr Kleindienst,

für das o. g. Schreiben und die darin formulierten Hinweise danke ich Ihnen vielmals. Ihrer Bitte um fraktionsinterne Weiterleitung Ihres Offenen Briefes komme ich gern nach.

Aus dem bereits seit langem geführten Diskussionsprozess über die gesetzlichen Regelungen zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, auch mit der „Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.“, ist Ihnen die Position der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag bestens bekannt.

Der von der Regierungskoalition getroffene Kompromiss, der das Selbstverwaltungsrecht der Thüringer Gemeinden mit einer Ermessensregelung zur Erhebung jener Beiträge stärkt, wird ab 01.01.2019 in Kraft treten.“ Matthias Hey Fraktionsvorsitzender SPD

- **Antwort CDU 18.04.18 per Mail:**

„Sehr geehrter Herr Kleindienst,

für Ihre Anschreiben vom 7. März 2018 danke ich. Sie dürfen davon ausgehen, dass die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag das Thema Straßenausbaubeiträge mehrfach und immer wieder sehr sorgfältig betrachtet und wägt. Dies schon deshalb, weil der Anteil des selbstgenutzten Wohneigentums in Thüringen hoch ist, zumal im ländlichen Raum. Dieser hohe Anteil bedingt allerdings zugleich die Fülle möglicher Fallkonstellationen.

Auch die rot-rot-grüne Regierungskoalition musste nun lernen, dass es sich um ein von zahlreichen rechtlichen Fallstricken durchzogenes Themenfeld handelt. Vorderhand einfach erscheinende Lösungen kennen am Ende neben Gewinnern auch Verlierer. Auch die Ramelow-Regierung hat ihre Ankündigung, die Straßenausbaubeiträge vollständig abzuschaffen, nicht umsetzen können, ganz zu schweigen von einer rückwirkenden Abschaffung.



Durch dieses unseriöse Versprechen haben sich nicht wenige Bürger täuschen lassen. Die CDU-Fraktion legt Wert auf gediegenes politische Arbeiten. Haltlose Zusagen passen nicht dazu. Unser Ziel ist und bleibt, die Belastung für Wohneigentum möglichst gering zu halten. Alles andere widerspricht auch unserem Ziel erschwingliches Wohnen und selbstgenutztes Wohneigentum zu fördern. Der aktuelle Koalitionsvertrag im Bund belegt dies neuerlich. Dazu gehört für unsere Fraktion auch, immer wieder sehr genau prüfen, ob und gegebenenfalls wie mit dem gesamten Themenkomplex umgegangen werden kann.

Dies zumal dann, wenn sich neue Gesichtspunkte ergeben. Dazu gehört auch der genaue Blick auf die Erfahrungen anderer Länder, die Beachtung der Rechtsprechung und anderes mehr. Seien Sie versichert, dass wir entsprechende Entwicklungen sorgfältig beobachten und zu gegebener Zeit selbstverständlich auch zu Gesprächen zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Christina Tasch

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende“

- **Gespräch AfD Fraktion 05.04.18**

Die AfD Fraktion kündigt ihre Unterstützung bei der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge an. Am 25.04.2018 hat die [AfD Fraktion einen Gesetzentwurf](#) im Thüringer Landtag eingebracht.

Der Gesetzentwurf lehnt sich an den Antrag der CSU zur Abschaffung der SAB in Bayern an.

Die Bürgerallianz prüft derzeit den Antrag und will dann eine sachgerechte Bewertung vornehmen.

- **Gespräch Fraktion „Die Linke“ 27.04.18**

Die Linke steht weiterhin zu ihrer Zusage, die SAB abzuschaffen. Mit dem Koalitionspartner SPD ist dies derzeit jedoch nicht möglich. LINKE, SPD und Grüne haben dem Gemeinde- und Städtebund Gespräche zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge angeboten (noch für Mai 2018 mit zwei konkreten Terminvorschlägen). Die SPD macht die weitere Debatte zur Abschaffung von der Zustimmung des Gemeinde- und Städtebundes abhängig.

Der Gemeinde- und Städtebund will die Abschaffung nicht, und wenn, dann nur, wenn alle gezahlten Beiträge bis 1991 erstattet werden (rund 400 Mio. EUR) und die Kommunen künftig jährlich bis zu 90 Mio. EUR als laufende Erstattungen bekommen. An diesen Forderungen ist 2017 eine Diskussion zur Abschaffung gescheitert. Bei der SPD gibt es offenbar doch ein Nachdenken und eine Bereitschaft. Klar "versteckt" sich derzeit die SPD hinter der Blockadehaltung des Gemeinde- und Städtebundes.

Zusammenfassend können wir einschätzen, dass der Offenen Brief den Druck auf die Verantwortlichen erhöht hat. Enttäuscht sind wir von der Landesregierung und den Grünen, die es offenbar nicht für nötig halten zu antworten. Aber auch die CDU hat erst nach mehrmaligen Anfragen und nach einem Gespräch mit dem CDU Bundestagsabgeordneten Albrecht Weiler geantwortet. Mit dem eingebrachten Antrag der AfD wird sich nun zeigen, ob es bei diesem wichtigen Thema um die Sache oder um Ideologie geht. Das Letztere wird wohl leider der Fall sein. Wir können nur hoffen, dass die Regierungsfaktionen die Chance wahrnehmen, um auch die Wahlversprechen von Linken und Grünen aus 2014 umzusetzen. Das es geht beweist derzeit „Die Linke“ in Hessen. Sie hat als Opposition einen Antrag zur Abschaffung der SAB wie die CSU in Bayern und die AfD in Thüringen eingebracht.



Wir befürchten leider, dass wir Bürger die Verlierer politischer Ränkespiele werden und appellieren an alle verantwortlichen Landespolitiker die Sache in den Vordergrund zu stellen! Vor allem hat die SPD mit diesem Thema die Chance, Vertrauen zurück zu gewinnen, um nicht bei den nächsten Landtagswahlen unter 10 % zu rutschen.

Die Meinung vieler Genossen der SPD auf kommunaler Ebene ist wohlwollend positiv. Sie steht im krassen Widerspruch zur Landes-SPD, die wiederum vermutlich von einzelnen Personen bestimmt wird. Die Bürgerallianz will nun auch das Gespräch mit dem Gemeinde- und Städtebund suchen.

2. Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Mit einem Mustertext eines Antrages für Stadt- und Gemeinderäte, sowie einer zugehörigen Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, wollen wir den Druck auf die Thüringer Landespolitik weiter erhöhen. Die Mustertexte wurden per Mail versendet.

Seit dem 17.01.2018 ist die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für Ortsstraßen durch die CSU-Bayern in aller Munde. Neun Monate vor der Landtagswahl in Bayern hat die CSU-Fraktion beschlossen, die ungerechten Straßenausbaubeiträge per Gesetz abzuschaffen. Die Abgeordneten forderten gleichzeitig ein neues Finanzierungsmodell bei der Verteilung der Straßenausbaukosten. Dieses wichtige Signal zur Beseitigung von Unrecht sollte nun auch in Thüringen alle Landtagsabgeordneten und die Landesregierung aktivieren, um Gleiches zu tun. Die Fraktion der BIRSO im Stadtrat Pößneck hat am 25.04.18 den Antrag im Stadtrat eingebracht. Hier kann man ihn nachlesen:

<http://www.birso.de/Aktuell/aktuell.html>

Bürgermeister, Verwaltung und einzelne Stadträte versuchten vergeblich den Antrag in den Ausschuss zu verweisen. Begründet wurde die ablehnende Haltung mit der Nichtzuständigkeit des Stadtrates für dieses Thema. Wir fragen uns noch immer, wieso soll der Stadtrat für ein so wichtiges Thema nicht zuständig sein? Hier wo es um die Existenz von Bürgern und um eine schreiende Ungerechtigkeit geht. Aus allen Fraktionen und besonders aus der Fraktionsgemeinschaft SPD/Grüne haben wir Unterstützung erhalten. Mit 14 Ja, 3 Nein und 2 Enthaltungen wurde der Antrag angenommen. Wir rufen alle Mitstreiter und Mitglieder auf, diesen Antrag in so viel wie möglichen Kommunalparlamenten einzubringen.

3. Sachstand Abwasserbehandlung im ländlichen Raum – Änderung Thüringer Wassergesetz

- Uns liegen keine offiziellen Mitteilungen vor. Hintergrund ist die Abschaffung des Zwanges zum Bau von vollbiologischen Kleinkläranlagen (KKA) im ländlichen Raum. Nach unbestätigten Meldungen aus Kreisen des Landtages soll sich wohl das Kabinett der Landesregierung auf einen zweiten Entwurf des Wassergesetzes geeinigt haben. Dieser soll leider und weiterhin zum Nachteil betroffener kleinerer Gemeinden sein. Demnach sollen auch zukünftig Zweckverbände nicht vollends, wie von uns gefordert, für Gemeinden unter 200 Einwohner für den Bau von KKA zuständig sein. Das wäre ein Affront uns gegenüber und würde die vielen politischen Zusagen, auch des Petitionsausschusses konterkarieren.



Noch vor der Sommerpause soll der zweite Entwurf in den Landtag eingebracht werden. Im Normalfall wird dann die Bürgerallianz dazu angehört.

- Schon heute erwarten wir von allen Fraktionen des Landtages die Einhaltung ihrer Zusagen, in dem die Zuständigkeit zum Bau und zur Betreibung von KKA zukünftig bei den Zweckverbänden liegt. Die Unzufriedenheit durch die unterschiedliche Handhabung bei der Aussetzung von Sanierungsanordnungen (SAO) und deren Widersprüche hält an. Besonders im Landkreis Saalfeld/Rudolstadt ist die Situation unbefriedigend. Weder der ZWA in Saalfeld noch die Untere Wasserbehörde und die Rechtsaufsichtsbehörde in Saalfeld setzen die SAO und die Widersprüche aus. Das liegt vor allem an der Untätigkeit des Landrates und der Verbandsräte im ZWA Saalfeld.
- Die betroffenen Bürger werden oft mit hohen Kosten für die Bearbeitung eines Widerspruches eingeschüchtert. Das es einigermaßen funktioniert zeigen die Zweckverbände und Landratsämter in den Landkreisen Holzland und Saale-Orla. Warum nicht in Saalfeld/Rudolstadt?
- Nur mit entsprechenden Anträgen in den Zweckverbänden bzw. Kreistagen kann man eine Aussetzung erreichen. Die Fraktion der Unabhängigen Bürgerversammlung (UBV) im Kreistag Saale-Orla hatte bereits am 18.12.17 mit ihrem [Antrag](#) Erfolg.

Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat verloren!

Freundliche Grüße

Wolfgang Kleindienst
Landesvorsitzender

Verantwortlich für den Inhalt:

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.
(eingetragen beim Amtsgericht Pößneck unter Vereinsregister-Nr. VR 240535, jüngste Aktualisierung am 14.09.2017)